

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 13. Juni 2022 / Lundi après-midi, 13 juin 2022

Bau- und Verkehrsdirektion / Direction des travaux publics et des transports

74 2021.RRGR.379 Motion 259-2021 Kohler (Meiringen, Grüne)
Solaroffensive: PV-Potenzial entlang von Verkehrswegen abklären

74 2021.RRGR.379 Motion 259-2021 Kohler (Meiringen, Les Verts)
Offensive solaire : étudier le potentiel du photovoltaïque le long des axes de transport

Präsident. Der Regierungsrat beschliesst Annahme von Ziff. 1 und Annahme von Ziff. 2 als Postulat. Ist das bestritten? – Ja, es ist bestritten.

Beat Kohler, Meiringen (Grüne), Motionär. Merci vielmals, dass ich dazu sprechen darf. Ich habe schon diverse Solarvorstösse vertreten, zu denen ich nichts sagen durfte, weil sie unbestritten waren und einfach durchgingen. Schön, dass ich einmal über einen sprechen kann. Zu meinen Interessenbindungen: Ich bin in zwei Solargenossenschaften tätig und suche im Mandat nach geeigneten Flächen für Solaranlagen. Darum geht es in diesem Vorstoss ja, um geeignete Flächen für Solaranlagen. Die Notwendigkeit des Solarausbaus ist weitgehend unbestritten. Einerseits brauchen wir im Sinne der Versorgungssicherheit einen höheren Zubau an Solaranlagen. Auf der anderen Seite müssen wir auch aus Sicht Klima fossile Brennstoffe ersetzen. Das wird vornehmlich mit Strom passieren, und diesen Strom müssen wir irgendwo erzeugen. Am einfachsten oder unbestrittensten und schnellsten geht das mit Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen). Solange sie auf bestehenden Infrastrukturen erstellt werden, ist die Akzeptanz in der Bevölkerung für solche Anlagen sehr hoch.

In meiner beruflichen Tätigkeit sehe ich aber, dass es nicht immer ganz einfach ist, Personen, die noch gute Dächer haben, zu überzeugen, dass sie ihre Dächer hergeben oder selber solche Anlagen auf ihnen erstellen sollen. Wir haben noch keine Solarpflicht. Das kommt vielleicht einmal, dann wird es etwas einfacher. Solange wir sie nicht haben, ist es aber schwierig, Personen, welche die geeigneten Dächer haben, immer zu überzeugen. Per 1. Juli wird auf Bundesebene die Raumplanungsverordnung (RPV) angepasst. Es wird einfacher, Anlagen auch abseits von Dächern, eben auf Infrastrukturbauten, zu realisieren. Genau das soll man hier auch machen.

Ich muss ehrlich eingestehen, dass ich diesen Vorstoss eins zu eins von dem abgeschrieben habe, was das Bundesamt für Strassen (ASTRA) Anfang dieses Jahres geschrieben hat. Sie haben nämlich bekanntgegeben, wie viel Potenzial sie entlang von Autobahnen sehen. Sie haben das sauber abgeklärt und in einem Bericht ausgewiesen. Auf der anderen Seite haben sie gesagt, wie viel sie selbst in die Anlagen entlang von Autobahnen investieren werden und dass sie die Flächen, die sie selber nicht beanspruchen, gratis zur Verfügung stellen werden. Genau das fordere ich mit den zwei Punkten.

Der Regierungsrat nimmt Punkt 1 als Motion an. Es freut mich, dass die Abklärung gemacht wird, wo das grösste Potenzial liegt. Punkt 2 nimmt er nur als Postulat an. Ich bin bei der Begründung nicht ganz mit dem Regierungsrat einig. Er führt vornehmlich finanzielle Überlegungen ins Feld. Ich bin aber trotzdem mit einem Postulat einverstanden. Das hat einen einfachen Grund. Beim ASTRA sieht man nämlich, dass es nicht ganz einfach ist, die Flächen gratis abzugeben, weil man dann keine Vergabekriterien hat. Man muss sie erst entwickeln. Entsprechend ist eine Prüfung des zweiten Punktes sicher der richtige Weg. Ich bin gespannt zu hören, wieso Sie das anders sehen, und freue mich auf die Debatte.

Beat Bösiger, Niederbipp (SVP), Fraktionssprecher. PV-Potenzial entlang von Verkehrswegen abklären oder prüfen, ja. Ein Prüfauftrag ist ein Postulat. Als Postulat unterstützt die SVP das Geschäft in beiden Punkten. Solarenergie hat eine grosse Bedeutung und wird immer wichtiger. Wir können zwar die drohende Energiekrise so nicht lösen, aber einen Beitrag leisten. Wenn die Sonne nicht scheint, produzieren PV-Anlagen keinen Strom. Auch im Winter, wenn Schnee liegt, kommt nichts aus diesen Anlagen. Das weiss ich aus eigener Erfahrung. Das Potenzial wird aktuell vor allem auf den grossen Dächern von Industriegebäuden, Gewerbegebäuden und Privathäusern, aber auch auf den Dächern der Bauernhäuser und Ställe auf dem Land genutzt. Dabei hat die SVP eine Vorreiterrolle und nutzt dieses Potenzial. Auch in unserem Betrieb haben wir alle Ökonomiegebäude mit Solarpaneelen belegt und produzieren über 1 Mio. Kilowattstunden Strom pro Jahr. Das entspricht einer jährlichen Einsparung von 530 Tonnen CO₂.

Die Stromlücke ist angesagt. Wann genau sie eintrifft, wissen wir nicht. Vielleicht nächsten Winter, vielleicht übernächsten. Sicher ist nur, dass wir jeden Tag mehr Strom brauchen. Auf dem Berner Kantonsstrassennetz von 2100 Kilometern und entlang des Bahnnetzes gibt es wahrscheinlich schon Standorte, an denen PV-Anlagen installiert werden könnten. Für uns ist jedoch die Wirtschaftlichkeit entscheidend. Die Erschliessung auf diesen langen Strecken ist sicher nicht einfach. Die Verkehrssicherheit muss auch gewährleistet sein. Es darf nicht sein, dass Verkehrsteilnehmer durch diese Anlage beeinträchtigt werden. Der Stromertrag muss die Investitionskosten, die Unterhaltskosten und die Betriebskosten decken. Wir sind gespannt, ob es Standorte gibt, welche diese Voraussetzungen erfüllen. Der Kanton hat neben dem Strassennetz noch viele Liegenschaften und Gebäude, die er noch nicht für PV-Anlagen nutzt. Auf diesen kann Solarenergie wirtschaftlich genutzt werden. Deshalb, wie gesagt, prüfen: ja, mit klarem Fokus auf die Wirtschaftlichkeit und Verkehrssicherheit. Wir stimmen in beiden Punkten einem Postulat zu.

Bernhard Riem, Iffwil (Die Mitte), Fraktionssprecher. Die Mitte-Fraktion erachtet diesen Vorstoss als sinnvoll und unterstützt ihn. Es ist wichtig, dass der Kanton sein Strassennetz auf das vorhandene Solarenergiepotenzial hin untersucht. In Ergänzung zu den Abklärungen des Bundes können so zusätzliche Standorte für die Produktion von Solarenergie ermittelt werden. Den zweiten Punkt unterstützen wir ebenfalls. Dort, wo es Sinn macht, kann und soll der Kanton eigene Anlagen bauen. Schliesslich erhält der Kanton dieses Jahr 60 Mio. Franken Dividenden der BKW. Das ist ein Nebenschauplatz. Wir erhalten auch Wasserzinsen. Unsere Stromunternehmer investieren meiner Meinung nach selbst zu wenig in die Energieproduktion. Es kommt ein weiterer Punkt hinzu. Es kann nicht sein, dass der Grosse Rat bei jedem Kreditgeschäft im Hoch- oder Tiefbau zusätzliche Anträge stellen muss, dass solche Anlagen erstellt werden müssen. Unsere Fraktion hätte auch geholfen, dem zweiten Punkt als Motion zuzustimmen. Wenn schon jemand investieren will, können wir eigentlich nur froh darüber sein. Die Rahmenbedingungen für die Zurverfügungstellung von Standorten hätte der Regierungsrat auch selbst bestimmen können. Zusammengefasst: Die Mitte-Fraktion will mehr erneuerbare Energie ermöglichen und mehr Tempo bei der Umstellung. Wir unterstützen diesen Vorstoss deshalb in beiden Punkten.

Peter Haudenschild, Niederbipp (FDP), Fraktionssprecher. Eigentlich sind wir einig. Wir sind auch der Meinung, diese Abklärung mache Sinn. Wir sind zwar nicht ganz so optimistisch. Denn wir sind der Meinung, bevor weitere Abklärungen gemacht werden, wo man noch Solarpotenzial herauskristallisieren kann, sollte man die Flächen, die man hat, richtig nutzen, und zwar dort, wo der Zubau einfach ist. Aber wenn die Regierung bereit ist, diese Abklärungen zu treffen und die Ressourcen hat, sind wir absolut der Meinung, es mache Sinn, das zu tun. Im zweiten Punkt sind wir ebenfalls der Meinung, dass eine kostenlose Zurverfügungstellung zwar richtig ist. Wenn es schon jemand bauen will, sollte er nicht noch viel bezahlen müssen. Es müssten vorher aber ganz klar Kriterien abgeklärt werden. Wer hat die Möglichkeiten? Wem wird es zugesprochen? Ist etwas Kostenloses für jeden nutzbar, oder wohin geht es? Es sind sicher weitere Abklärungen nötig. Deshalb unterstützen wir das Postulat.

Jan Remund, Mittelhäusern (Grüne), Fraktionssprecher. Es braucht eine solare Anbauschlacht für die Energiewende. Vorab auf Gebäuden, aber auch daneben. Auf Gebäuden allein dauert die Umsetzung zu lange und ist alleine zu teuer. Bereits stark anderweitig genutzte Flächen wie Strassenböschungen sind sehr gut geeignet. Die Grünen begrüßen die positive Haltung des Regierungsrates. Die zaghafte Haltung scheint aber immer noch durch. Das Vorbild ist in diesem Fall ganz klar die nationale Ebene, auf der derselbe Vorstoss gutgeheissen und auch gut umgesetzt wurde. Diese zögerliche Haltung ist auch noch in Punkt 2 zu sehen, den PV-Anlagen an den Kantonsstrassen. Von uns aus soll und kann der Kanton sie bauen. Er muss das natürlich nicht selber machen, sondern kann es auch weitergeben. Wenn man aber nur an den eigenen Verbrauch denkt, ist das bei den Anlagen neben den Gebäuden noch falscher, als auf den Gebäuden selbst. Denn wenn jeder nur für sich selber schaut, werden wir die Energiewende nicht schaffen. Auch der Kanton muss zum «Prosumer» werden, zum Produzenten und gleichzeitig Konsumenten. Wir fordern, diesen Punkt nicht als Motion umzusetzen. Wir haben aber einen neuen Vorstoss eingereicht, welcher vom Kanton die rechtlichen Grundlagen für die Stromproduktion fordert. Merci für die Zustimmung.

Kornelia Hässig Vinzens, Zollikofen (SP), Fraktionssprecherin. Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt den Vorstoss ganz klar auch als Motion. Sie unterstützt ihn natürlich auch als Postulat, wenn er gewandelt werden sollte. Wir müssen aber eigentlich nicht mehr prüfen, ob es eine Potenzialabklärung braucht, sondern wir müssen jetzt eine Potenzialabklärung machen. Wir müssen auch nicht prüfen, ob es eine Grundlage braucht, sondern wir müssen diese Grundlage jetzt einfach schaffen. Es ist doch sinnvoll, dass Dritte oder sogar das Tiefbauamt selbst es tun. Denn eigentlich haben wir genug Geld. Wir können ja auch mehr als eine halbe Milliarde in Strassenbauprojekte investieren. Dann werden wir wohl genügend Geld für Solaranlagen entlang unserer Autobahnen etc. haben. Die E-Mobilität kommt, muss kommen, das ist hundert Prozent sicher. Sonst haben wir es als Gesellschaft nicht mehr gut. Man muss jetzt alle nötigen Optionen darlegen und die Grundlage schaffen. Es hat keinen Sinn, dass man es verpasst und nichts tut und dafür nachher plötzlich Solaranlagen in unberührten Landschaftsräumen aufstellt. Denn wir haben eigentlich genügend Landschaftsräume, die bereits beeinträchtigt sind und die wir nun für die Solarstromproduktion nutzen könnten. Ich danke. Wir werden das auf jeden Fall unterstützen, und ich hoffe, möglichst viele hier im Saal auch.

Simon Ryser, Seftigen (glp), Fraktionssprecher. Es wurde schon vieles gesagt. Ich versuche es kurz zu machen. Die glp-Fraktion wird Ziff. 1 zustimmen. Aus unserer Sicht macht es Sinn, dass man analog zur schon gemachten Bundesstudie, der Potenzialanalyse, die kantonalen Verkehrsträger überprüft. Aber man könnte eben bereits auch schon Handlungsoptionen und gewisse Massnahmen beschreiben. Ob dieses Potenzial enorm ist oder nicht, kann ich aus beruflicher Hinsicht ein wenig beurteilen. Unterschätzen Sie nicht allfällige Netzverstärkungen, die es brauchen wird. Sie könnten natürlich wirtschaftliche und technische Herausforderungen sein. Sei es für das Tiefbauamt, aber auch für Drittinvestoren.

Zu Ziff. 2: Solange es eigenwirtschaftlich machbar ist, eine Solaranlage auf den Infrastrukturen zu bauen, soll das Tiefbauamt das machen können. Das sollte gar nicht mehr in Frage gestellt werden. Aber auch bei der Übernahme durch Dritte muss man aufpassen. Auch diese rechnen in ihren Wirtschaftlichkeitsrechnungen nach einem gewissen Eigenverbrauch, der bewerkstelligt werden müsste. Denn selbst für einen Verteilnetzbetreiber, der mit Bilanzgruppen arbeiten kann, mit Einspeisen und Ausspeisen, wird dieser Fall unter Umständen wirtschaftlich nicht unbedingt betreibbar. In diesem Sinne: Die glp stimmt Ziff. 1 als Motion und Ziff. 2 als Postulat zu.

Tabea Bossard-Jenni, Oberburg (EVP), Fraktionssprecherin. (*Grossrätin Bossard-Jenni verstellt die Höhe des Rednerpults. / La députée Bossard-Jenni ajuste la hauteur du pupitre.*) Jetzt weiss ich, warum ich dieses Pult nie verstelle. Meinen Laptop kann ich nicht wie andere darauf abstellen. Also, liebe Anwesende, klimapolitisch und energiepolitisch müssen wir jetzt handeln. Die EVP begrüsst einen Kraftakt, um mit der Energieversorgung unabhängiger zu werden und Energie selber herzustellen. Was wir, die Politik, von den Bürgern und Bürgerinnen, von den Unternehmen und

Organisationen erwarten, erwartet die EVP-Fraktion auch vom Kanton Bern: Eigeninitiative, selber machen, was man machen kann, Potenziale identifizieren und gesetzliche Grundlagen schaffen. Prüfen allein genügt aber nicht. Denn das Prüfen und Identifizieren von Potenzial produziert noch keine einzige Kilowattstunde Strom. Für die EVP fehlt darum in dieser Motion ein Punkt 3, der umsetzen heisst. Selbstredend unterstützen wir aber die Punkte 1 und 2 sowohl als Motion als auch als Postulat.

Christoph Neuhaus, BVD-Direktor. Solaranlagen haben ein grosses Potenzial für die Umsetzung der Ziele, die wir in der Energiestrategie aufgelistet haben. Entsprechend muss man prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, PV-Anlagen auf öffentliche Infrastrukturen zu erstellen. Das steht ausser Frage. Ob die Installation einer PV-Anlage ihren Zweck erfüllt, hängt aber auch von Investitionskosten und der Möglichkeit ab, dass man den Strom für den Eigenverbrauch nutzen kann. Der Regierungsrat ist bereit, das technische und wirtschaftliche Potenzial der betroffenen Flächen zu analysieren. Aus diesem Grund beantragt er Annahme von Ziff. 1. Mit Blick auf die Motion 117-2020 (Solaroffensive: Kanton muss jetzt handeln) ist er zudem bereit, die geforderten Anpassungen der rechtlichen Grundlage abzuklären. Dabei verweist er darauf, dass eine kostenfreie Abgabe der Flächen an Investoren im Rahmen der finanziellen Situation geprüft werden muss. Vor diesem Hintergrund beantragt Ihnen der Regierungsrat: Nehmen Sie Ziff. 2 als Postulat an.

Beat Kohler, Meiringen (Grüne), Motionär. Besten Dank für die breite Unterstützung. Ich nehme nur kurz zu zwei Punkten Stellung. Zur Winterproduktion: Das wäre eben gerade gut, denn die Böschungen sind meist so steil, dass man eine Neigung von über 70 Grad hat, was für die Winterproduktion optimaler ist als viele Hausdächer. Das nur als kleines Detail. Zur Wirtschaftlichkeit: Eigentlich muss der Kanton nicht prüfen, ob es wirtschaftlich ist oder nicht. Das kann man getrost den Investoren überlassen, wenn sie die Flächen übernehmen. Sie müssen selber zurechtkommen und die Anlagen wirtschaftlich betreiben. Es geht nur darum zu zeigen, wo wir Potenzial haben und wo wir es zur Verfügung stellen können. Ich freue mich, wenn Sie diesen beiden Punkten wie vorgeschlagen zustimmen.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung: Wer die Ziff. 1 der Motion annimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.379: Ziff. 1 / ch. 1

Annahme / Adoption

Ja / Oui	105
Nein / Non	35
Enthalten / Abstentions	4

Präsident. Sie haben die Ziff. 1 der Motion angenommen.

Wir kommen zur Ziff. 2. Ich glaube, der Motionär hat an der Motion festgehalten. (*Zwischenruf aus dem Saal. / Exclamation dans la salle.*) Nicht? Es ist ein Postulat. Excusez, ich war nicht mehr ganz sicher. Dann ist das jetzt auch klar. Wer die Ziff. 2 als Postulat annimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.379: Ziff. 2, als Postulat / ch. 2, sous forme de postulat

Annahme / Adoption

Ja / Oui	140
Nein / Non	2
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Wir haben dieser Ziffer als Postulat zugestimmt.